



HeiParisMax
DEUTSCH-FRANZÖSISCHE
AKADEMISCHE PARTNERSCHAFT

**MARK
BLOCH**
Centre Zentrum Marc Bloch



MAX PLANCK INSTITUTE
FOR COMPARATIVE PUBLIC LAW
AND INTERNATIONAL LAW



INSTITUT FÜR INTERDISZIPLINÄRE RECHTSFORSCHUNG
**LAW &
SOCIOLOGY**
INSTITUTE BERLIN

**Aufruf zur Teilnahme – Rasse und Recht: Französische und Deutsche
Querschnittsperspektiven
Berlin, 19./20. Oktober 2017**

Das „Junge Forum Rasse und Recht: Französische und Deutsche Querschnittsperspektiven“, organisiert vom Marc-Bloch-Zentrum in Zusammenarbeit mit dem Max-Planck-Institut, der Humboldt Universität zu Berlin und dem Collège Doctoral Franco-allemand en droit public comparé, wird vom 19. bis 20. Oktober 2017 in Berlin stattfinden. Ziel dieses Kolloquiums ist es, junge WissenschaftlerInnen mit Forschungsschwerpunkt in der Rechtswissenschaft sowie auch der Soziologie, Philosophie, Kultur- oder Politikwissenschaft zusammenzubringen. Das Kolloquium richtet sich an DoktorandInnen, junge ForscherInnen, Post-DoktorandInnen, AssistenzprofessorInnen und wissenschaftliche MitarbeiterInnen, gleich welcher Nationalität. Die Arbeitssprachen sind Englisch, Deutsch und Französisch.

Das Thema Rasse und Recht wird jedenfalls im anglo-amerikanischen Umfeld seit Langem ausgiebig diskutiert und erforscht. Dieses Kolloquium setzt sich zum Ziel, zu untersuchen, inwieweit dies in Frankreich und Deutschland ebenfalls der Fall ist und welche rechtlichen Auswirkungen diese Erwägungen auf nationaler und internationaler Ebene haben, die sich auf Rasse beziehen. Das Kolloquium bietet auch die Gelegenheit, sich über „aktuelle“ politische und gesellschaftliche Ereignisse auszutauschen und die diesbezüglichen Diskussionen und politischen Konzepte zu analysieren, sei es beispielsweise die Frage der Grenzen oder die Problematik der Polizeigewalt.

Erster Schwerpunkt – „Rasse“ und Ausgrenzung

Rasse als rechtlicher Begriff erscheint bei chronologischer Betrachtung zunächst als Paradigma der Ausgrenzung. Sklaverei, Kolonialisierung und das nationalsozialistische Regime wurden rechtlich umgesetzt, indem Rassen-Hierarchien entwickelt und rassistische Normen eingeführt wurden. Berücksichtigt man dies, so wird klar, dass die Gewalt durch das Recht

konstruiert und ermöglicht wurde. Wie konnten diese Rechtssysteme das Nebeneinander von Menschenrechtserklärungen einerseits und rechtlich organisierter Unterdrückung andererseits etablieren? Diese Vorgeschichte kann nicht nur zu einem Verständnis der gegenwärtigen Situation der beiden Länder, sondern auch zu einem besseren Verständnis von Recht auf internationaler und nationaler Ebene beitragen. Wo liegt die neue nationale und internationale „color line“ in einer Zeit, in der Grenzpolitik und Überwachung der Einwanderung die rechtlichen und politischen Debatten mehr und mehr gestalten? Welche Rolle spielen neue Technologien bei dieser „neuen“ Grenzziehung? Während die heutigen Diskussionen mit Konzepten wie „Post-Kolonialismus“, „Neo-Kolonialismus“, oder sogar einem „neuen Jim Crow“ spielen, verbieten gleichzeitig mehr und mehr nationale und internationale Rechtsnormen ausdrücklich eine Diskriminierung anhand der Rasse: Kann man wirklich sagen, dass die deutsche, französische und die internationalen Rechtsordnungen „post-rassistische“ Rechtssysteme sind, die Ausschluss und Diskriminierung aufgrund der Rasse überwunden haben?

Zweiter Schwerpunkt – Rasse und Rechtsschutz

In den Vereinigten Staaten hat sich eine beträchtliche Menge an Richterrecht über das Verbot der Rassendiskriminierung entwickelt. Aber was hat Europa diesbezüglich anzubieten? Wie wird der Schutz gegen Rassendiskriminierung garantiert? Wie ist dies verfahrensrechtlich abgesichert und wird dies wirksam durchgesetzt? Wie gehen die verschiedenen öffentlichen Organe – insbesondere die Rechtsprechung – mit möglicher Rassendiskriminierung um und bewerten diese? Welche Beweismittel werden von wem verlangt? Welches Ausmaß an Schutz wird geboten? Wie definieren die verschiedenen Rechtssysteme die Begriffe „Rasse“ und „Rassismus“? Werden sich überschneidende Diskriminierungen berücksichtigt? Welchen Personen wird der Rechtsschutz verwehrt? Wie werden die verschiedenen Schutzsysteme im nationalen, europäischen und internationalen Maßstab eingegliedert? Die Frage des Schutzes ist zugleich eine Gelegenheit zur Untersuchung, wie das Verständnis des Gleichheitssatzes und des Gedankens der Wiedergutmachung im deutschen, französischen und europäischen Recht umgesetzt wird, insbesondere im Vergleich zur Entwicklung des Richterrechts des Obersten Gerichtshofs der Vereinigten Staaten hin zu dem – noch immer sehr umstrittenen – Konzept der positiven Diskriminierung. Kurz: schützen das deutsche und französische Rechtssystem aktiv vor Rassismus?

Dritter Schwerpunkt - Rasse, Recht, wissenschaftliche und öffentliche Diskussionen

In den Vereinigten Staaten und Großbritannien werden Rasse, Volkszugehörigkeit und Religion häufig und offen als Kategorien verwendet, sowohl wenn von den Beziehungen von BürgerInnen zum Staat oder Privaten untereinander gesprochen wird, als auch in wissenschaftlichen und öffentlichen Debatten, gleichgültig ob juristisch oder nicht-juristisch. Dies stellt einen krassen Gegensatz zur großen Vorsicht dar, die sich in Deutschland und Frankreich im Hinblick auf die Verwendung des Begriffs „Rasse“ beobachten lässt. Dennoch bedeutet dies keinesfalls, dass in es in Deutschland und Frankreich an Spannungen, Kontroversen oder Problemen in Bezug auf dieses Thema mangelt. Wie und von wem wird der Begriff „Rasse“ als soziales Konstrukt in Deutschland und Frankreich diskutiert, kritisiert und ausgestaltet? Wer sind die relevanten Akteure, wenn es darum geht, die Begriffe „Rasse“ und „Rassismus“ in diesen Rechtssystemen zu definieren und auszulegen? Welchen Einfluss üben wissenschaftliche Diskurse, insbesondere auf den Gebieten der Geistes- und Gesellschaftswissenschaften, öffentliche Debatten und zivilgesellschaftliche Initiativen auf das rechtliche Verständnis des Konzepts „Rasse“ aus? Welche Rolle spielen die Weitergabe, Übersetzung und Nicht-Übersetzung bestimmter Konzepte bei dieser Dynamik? Haben rechtliche Einschränkungen im Gegenzug auch Auswirkungen auf die Forschung, die sich der Suche nach Mitteln und Methoden zum Nachweis von Diskriminierungen widmet? Obwohl eine Kategorisierung nach der Rasse, zumindest als ausdrückliche und eigenständige Kategorie, in der Öffentlichkeit weitgehend fehlt, kann man in Deutschland und Frankreich einen stetigen Anstieg von Diskussionen über „nationales Selbstverständnis“, „jüdisch-christliche religiöse und kulturelle europäische Wurzeln“, „Kommunitarismus“ und „Einwanderung“ beobachten. Beeinflusst diese neue Entwicklung Juristen und Rechtsanwender in ihrem Umgang mit Diskriminierung? Dieser Schwerpunkt lädt dazu ein, über die Machtkonflikte zu diskutieren, die sich bei der Definition und Abgrenzung der Rechtsbegriffe „Rasse“ und „Rassismus“ und den diesbezüglichen Diskursen ergeben.

Teilnahmevoraussetzungen:

Wenn Sie teilnehmen möchten, übersenden Sie uns bitte eine Zusammenfassung Ihres Vortrags (maximal 500 Wörter) unter Angabe des gewählten Themas und Ihren Lebenslauf bis zum 31. Juli 2017 an die folgende E-Mail-Adresse: reddf2017@protonmail.com. Sollten sich weitere Fragen ergeben, kontaktieren Sie uns bitte per E-Mail.

Die Teilnahmekosten (Reise, Verpflegung und Unterbringung) werden von den Veranstaltern übernommen.

Wissenschaftlicher Beirat:

Cengiz Barskanmaz (Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung, Halle), **Hourya Bentouhami** (Université Toulouse Jean Jaurès), **Philipp Dann** (Humboldt-Universität zu Berlin), **Doris Liebscher** (Humboldt-Universität zu Berlin), **Nora Markard** (Universität Hamburg), **Mehrdad Payandeh** (Bucerius Law School, Hamburg), **Anne Peters** (Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht), **Nahed Samour** (Erik Castrén Institute of International Law and Human Rights, University of Helsinki/ Humboldt Universität zu Berlin)

Organisationskomitee:

Leander Beinlich (Heidelberg), Robin Caballero (Humboldt University of Berlin/Paris 1 Panthéon-Sorbonne), Alexandra Lafitte (Paris-Sud University – Paris 11), Laurence Meyer (Paris 1 Panthéon-Sorbonne/Centre Marc Bloch Berlin) and Milan Tahraoui (Max Planck Institute for Comparative Public Law and International Law/Paris 1 Panthéon-Sorbonne).

Berlin, 19./20. October 2017

The “*Junges Forum* Race and law: French and German cross-perspectives Berlin” organised by the Centre Marc Bloch in association with Max Planck Institute, the Humboldt University and the Collège Doctoral Franco-allemand en droit public comparé will be held in Berlin from October 19 to October 20, 2017. It aims to gather junior researchers specialising in law as well as in sociology, philosophy, cultural studies or political sciences. The colloquium is addressed to Ph.D. candidates, young scholars, post-docs, assistant professors and research assistants, regardless of their nationality. The working languages are German, English and French.

The topic of race and law has been the subject of extensive debates and research at least in the Anglo-American context. This colloquium undertakes to analyse and explore in how far this has been the case in France and Germany and which legal impact at national and international levels racial considerations have. The colloquium also offers the opportunity to discuss “recent” political and societal events and to analyse the discourses and policies surrounding those, may it be the question of borders or the problematic of police brutality for example.

First axis – Race and exclusion

Race as a legal notion appears to be, chronologically speaking, first serving as a paradigm for exclusion. Slavery, colonisation and the National Socialist enterprise were legally realised through the development of racial hierarchies, and the implementation of racist norms. Taking this into account, it becomes clear that violence has been organised by law. How did those legal systems establish the coexistence of human rights declarations on the one hand and legally organised oppressions on the other hand? This history might not only inform the current situation of both countries, but also influence the conception of law at an international and domestic level. As border politics and immigration control increasingly shape the legal and political discourse, where is the new national and international “color line”? Which role are the new technologies playing in this “new” delineation? As the modern discourse navigates around notions such as “post-colonialism”, “neo-colonialism”, or even “new Jim crow”, while more and more norms of both international and domestic law explicitly prohibit discrimination based on race: can one say that the German and French as well as the international legal orders are post-racial legal systems that have overcome racial discrimination and exclusion?

Second axis – Race and legal protection

As the United States have developed a considerable amount of case-law regarding the prohibition of racial discrimination: what does the continental perspective has to offer? How is the protection against racial discrimination guaranteed substantially? And how is this legal protection guaranteed procedurally? Is it effectively enforced? How do the different public organs - specifically the judiciary - deal with and evaluate possible racial discrimination? Which means of proofs are demanded to whom? Which scale of protection is afforded? How do the different legal systems define race and racism? Are intersectional discriminations taken into account? Which bodies remain excluded from their benefit? How are the different systems of protection articulated on a national, European and international scale? The question of protection is also an opportunity to investigate how the understandings of the equality clause and the notion of reparation under German, French, European and international law, specifically when compared to the evolution of the case-law of the United States Supreme Court toward the - still much debated - concept of affirmative action. Are the German and French legal systems actively protecting against racism?

Third axis - Race, law, scientific discourses and public debates

In the United States and in the United Kingdom racial, ethnic and religious categories are often and openly used when referring to relationships both between citizens and the administration and between private actors as well as in scientific and public discourses, may they be legal or extra-legal. This constitutes a striking contrast to the great caution that can be observed in Germany and France when it comes to the use of the notion "race". However, this does not indicate in any case the absence of tensions, controversies or issues referring to race relations in these two states. How is race, as a cultural construct, discussed, criticised and constructed in France and in Germany and by whom? Who are the actors seen as relevant when it comes to defining and interpreting the term "race" and "racism" in these legal systems? What is the influence that scientific discourses, particularly in human and social sciences, public debates and political activism are exerting on the legal understanding of the concept of race? What role does the transfer, translation and non-translation of certain concepts play in those dynamics? In turn, do legal limitations have influence on research dedicated to the search of tools enabling to prove discriminations? Even though racial categories are still largely absent in the public sphere, at least when used as explicit and autonomous categories, one observes in France and in Germany a proliferation of debates about "national identity", "Judaean-Christian religious and cultural European roots", "communitarianism" and "immigration". Does this new development influence legal practitioners in the way they deal with discrimination cases? This axe invites therefore to

discuss the power struggles at stake in the definition and the delimitation of the legal notion of race and racism and the discourses that are referring to it.

Participation premises:

If you wish to participate, please send us a summary of your presentation (maximum 500 words), indicating the selected topic, along with your resume by July, 31st 2017 to the following address: reddf2017@protonmail.com. Should you have any further questions, please contact us via our email address.

Participation costs (transport, provisions and accommodation) will be covered by the organisers.

Scientific committee:

Cengiz Barskanmaz (Max Planck Institute for Social Anthropology, Halle), **Hourya Bentouhami** (Toulouse Jean Jaurès University), **Philipp Dann** (Humboldt University, Berlin), **Doris Liebscher** (Humboldt University, Berlin), **Nora Markard** (Hamburg University), **Mehrdad Payandeh** (Bucerius Law School, Hamburg), **Anne Peters** (Max Planck Institute for Comparative Public Law and International Law, Heidelberg), **Nahed Samour** (Erik Castrén Institute of International Law and Human Rights, University of Helsinki/ Humboldt University)

Organizing committee:

Leander Beinlich (Heidelberg), Robin Caballero (Humboldt University of Berlin/Paris 1 Panthéon-Sorbonne), Alexandra Lafitte (Paris-Sud University – Paris 11), Laurence Meyer (Paris 1 Panthéon-Sorbonne/Centre Marc Bloch Berlin) and Milan Tahraoui (Max Planck Institute for Comparative Public Law and International Law/Paris 1 Panthéon-Sorbonne).